

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G


Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

(K)eine schöne Bescherung von Diana Golze

Der Bundestag hatte vor wenigen Wochen mit den Stimmen der Großen Koalition das Familienleistungsgesetz beschlossen. Dieses beinhaltet u.a. die Anhebung des Kindergeldes um 10 Euro für das erste und zweite und 16 Euro ab dem dritten Kind sowie ein Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro für die Kinder in Hartz IV-Bezug von der ersten bis zur 10. Klasse. Die Kritik der LINKEN und vieler Verbände daran war eindeutig: Die Kindergeldanhebung ist viel zu gering. Außerdem stellt sich die Frage, warum Kinder aus einkommensschwachen Haushalten keine finanzielle Unterstützung für das Abitur bekommen sollen.

Mit beiden Themen beschäftigte sich an diesem Mittwoch auch der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat. Leider ist es im Ergebnis bei den beschriebenen Ungerechtigkeiten geblieben. Die Länder wurden mit einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes bei den Kosten des Kindergeldes ruhiggestellt, dafür sind weitergehende Forderungen vom Tisch. Ledig-

lich die Festlegung, dass man sich bis zum nächsten Schuljahresbeginn noch offen hält, ob es eine Ausweitung des Schulbedarfspakets auf die Abiturstufe geben wird, lässt hoffen. Zufällig fällt dieses Ereignis in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Es ist also kein Weihnachtsgeschenk geworden, sondern es besteht die Hoffnung auf ein Wahlkampfgeschenk.

Diese Vorgehensweise ist mehr als zynisch. Die unzureichende finanzielle Sicherstellung von Kindern und der nicht gedeckte Bedarf für den Bereich Bildung wird zwar gesehen, doch das Handeln hält nicht Schritt mit den vielen Versprechen, Ankündigungen und Sonntagsreden.

DIE LINKE bleibt bei ihren Forderungen: sofortige Anhebung der Kinderregelsätze auf 300 Euro und des Kindergeldes auf 200 Euro! Keine Anrechnung der Kindergelderhöhung auf das Kindergeld, bis der bedarfsgerechte Kinderregelsatz eingeführt ist! Errechnung des Kinderregelsatzes anhand des Bedarfes von Kindern und keine prozentuale Ableitung vom Regelsatz eines Erwachsenen!



In dieser Ausgabe:

Klimaschutz - keine neuen Tagebaue!
Dagmar Enkelmann

EU-Gipfel enttäuschte
Lothar Bisky

Soldaten gegen Piraten?
Wolfgang Neskovic

Schwangerschaftskonflikte können nicht ...
Kirsten Tackmann

Presse der Landesgruppenmitglieder

Anträge und Parlamentarische Initiativen

Ergebnis der Namentliche Abstimmung

Weitere Parla-Inis

Klimaschutz - Keine neuen Tagebaue
 von Dagmar Enkelmann

Strom aus Braunkohle hat keine Zukunft. Es ist an der Zeit, einen Schlussstrich unter diese Dinosaurier-Technologie zu setzen. Dafür setzt sich das Volksbegehren "Keine neuen Tagebaue" in Brandenburg ein, das die LINKE tatkräftig unterstützt. Für 2000 Menschen in der Lausitz geht es dabei um Alles oder Nichts: Sie sollen nach den Plänen des Energiekonzerns Vattenfall in den nächsten Jahren ihre Dörfer für immer verlassen. Hier ist Solidarität gefragt. Doch die Braunkohle geht auch uns alle persönlich etwas an. Denn sollte Vattenfall wirklich seine Tagebaue erweitern, wird unser Land weitere 20 bis 30 Jahre und wahrscheinlich auch übers Jahr 2050 hinaus am Tropf der klimaschädlichen Energieerzeugung hängen. Die LINKE unterstützt dagegen das Volksbegehren in seiner Forderung nach einer schrittweisen Energiewende. Die Zukunft der Brandenburger Energieversorgung liegt bei den Erneuerbaren Energien sowie beim konsequenten Energiesparen. Nur eine Ausrichtung auf neue Technologien wie Wind-, Solar- und Biomasse wie auch der verstärkte Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung kön-



THOMAS NORD, Landesvorsitzender DIE LINKE: „Die Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht dazu führen, dass der Klimawandel in Vergessenheit gerät. Zehntausende im Land sind dieser Meinung. Sie müssen sie jetzt auch zum Ausdruck bringen. Noch sind acht Wochen Zeit, etwas für das Klima und die Lausitz zu tun. Gehen Sie jetzt unterschreiben!“ Mehr dazu unter: www.keine-neuen-tagebaue.de

nen den ökologischen wie sozialen Ansprüchen der Region gerecht werden.

Schon heute sind Brandenburg und der Osten Deutschlands führende Anbieter und Produzenten von Erneuerbarer-Energien-Technik und regenerativer Stromerzeugung. Dadurch bleiben wertvolle Landschafts- und Lebensräume erhalten und das Klima wird geschont. Wir können nicht länger hinnehmen, dass Brandenburg mit seinem Pro-Kopf-Ausstoß beim CO₂ an der Spitze der Bundesländer steht: Denn schon heute liegen wir mit ca. 25 Tonnen pro Kopf und Jahr weit über dem Bundeschnitt mit 12 Tonnen CO₂. Leider ist schon die Hälfte

der Zeit des Volksbegehrens um und nur gut 6200 Brandenburger hatten bis Mitte Dezember ihre Unterschrift gegen die Ausweitung des Braunkohletagebaus abgegeben.

Deshalb ist es jetzt Zeit, dass sich viele Brandenburger ein Herz nehmen und so schnell wie möglich auf das Einwohnermeldeamt gehen, um dort zu unterschreiben. Damit tun Sie etwas Gutes fürs Klima, für die betroffenen Lausitzer und nicht zuletzt für die Demokratie in Brandenburg. Bis zum 9. Februar werden noch über 74 000 Unterschriften gebraucht! Machen Sie mit!

EU-Gipfel enttäuschte
von Lothar Bisky

Der „Europäische Rat“ der vergangenen Woche lässt glänzende Ergebnisse vermissen. Das hat auch die Bundesregierung mit zu verantworten. Ein Rückschritt in der europäischen Klimaschutzpolitik, schlecht abgestimmte Zusammenarbeit und unzureichende Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise auf EU-Ebene sind nichts, dessen man sich rühmen könnte. Und: Der EU-Gipfel hat die irische Regierung dazu aufgefordert, die Ablehnung des Vertrags von Lissabon und den Willen des irischen Volkes nicht zu respektieren, sondern noch im Jahr 2009 erneut eine Volksabstimmung über den Vertrag durchzuführen. Beschlossen wurde auch, die Fähigkeiten der EU zu militärischen Interventionen zu stärken. Das lehnt DIE LINKE vehement ab.

In einem Antrag hat DIE LINKE im Bundestag von der Bundesregierung u.a. gefordert:

- eine konsequente und verbindliche Klimapolitik zur massiven Senkung der Klimagasemissionen,
- ein europäisch koordiniertes Handeln, um die Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen,



»Die EU und Deutschland haben sich beim Klimaschutz von Vorreitern zu Bremsklötzen entwickelt«, erklärt Eva Bulling-Schröter zum Ergebnis der Verhandlungen um das EU-Klimapaket in Brüssel und zum Abschluss des UN-Klimagipfels in Poznan. Mehr dazu unter:

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1509266816>

- eine dementsprechende massive Ausweitung des Konjunkturprogramms (bis 50 Mrd. Euro) mit Investitionen in Umwelt und Infrastruktur,
- die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und der Renten und
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

DIE LINKE streitet für eine „soziale Fortschrittsklausel“ zum Schutz sozialer Grundrechte vor Entlassungen und Lohnkürzungen und zur Stärkung der sozialen Sicherungssysteme. Diese fordern auch die Gewerkschaften.

Die Linksfraktion will eine Politik der Abrüstung und der Friedensicherung fördern. Darum hat DIE LINKE im Bundestag die Auflösung

der EU-Interventionstruppen und ein Ende der Aufrüstungsprojekte gefordert. Die EU braucht keine Rüstungsagentur, sondern eine Agentur für Abrüstung und Rüstungskontrolle und viel mehr Ressourcen für die zivile Konfliktlösung und die Entwicklungshilfe!

Wir LINKEN schlagen vor, Initiativen zur Erarbeitung einer Verfassung für eine demokratische, soziale, ökologische und den Frieden sichernde Europäische Union zu ergreifen. Das scheint uns der bessere Weg zu sein. Darum sollten weitere Ratifizierungen des Vertrags von Lissabon ausgesetzt werden.

Soldaten gegen Piraten?

von Wolfgang Neskovic

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich mit einer Fregatte und bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten an der EU-Mission Atalanta beteiligen. Eine Mehrheit des Bundestages stimmte am Freitag einem entsprechenden Antrag der Bundesregierung zu. Die Fraktion DIE LINKE sprach sich als einzige gegen den Antrag aus.

Gegen einen Einsatz der Bundeswehr sprechen völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken. Hier geht es um Kriminalitätsbekämpfung und dafür ist allein die Bundespolizei zuständig. Nur die Zuständigkeit der Bundespolizei sichert auch die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Festnahme von Verdächtigen. So muss die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass hierfür die notwendigen persönlichen und sächlichen Mittel bereitgestellt werden, um eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung vornehmen zu können.

Unabhängig davon ist eine militärische Bekämpfung wenig erfolgversprechend. Das Einsatzgebiet



ist hierfür viel zu groß. Eine Identifizierung von Piratenschiffen ist kaum möglich. Welch fatale Folgen dies haben kann, zeigt das Beispiel des von der indischen Marine versenkten thailändischen Frachters. Obwohl der Golf von Aden im Rahmen der Operation Enduring Freedom bereits seit sechs Jahren überwacht wird und die dort eingesetzten Kriegsschiffe in den letzten Monaten auch aktiv gegen Piraterie vorgingen, konnten keine nennenswerten Erfolge verzeichnet werden.

Hinzu kommt, dass die beste Kriminalitätsbekämpfung darin besteht, die Ursachen, die sich für die Entstehung der Piraterie vor den Küsten Somalias verantwortlich zeichnen, zu beseitigen. Der Bürgerkrieg, das Fehlen staatlicher Institutionen, die Ver-

armung weiter Teile der Bevölkerung, Überfischung und illegaler Fischfang durch internationale Fangflotten haben die Piraterie überhaupt erst entstehen lassen.

Anstelle sich militärisch an der EU-Mission zu beteiligen, sollte sich die Bundesregierung für einen umfassenden Friedens- und Wiederaufbauplan für Somalia und den Abzug aller illegal in den somalischen Gewässern fischenden Schiffen einsetzen. Weiterhin sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, dass eine zeitlich begrenzte internationale Küstenwache unter Führung der UN und der Afrikanischen Union geschaffen wird.

Schwangerschaftskonflikte können nicht mit Gesetzesverschärfung gelöst werden

von Kirsten Tackmann

Der eigentliche Konflikt der Bundestagsdebatte am 18. Dezember 2008 zu späten Schwangerschaftsabbrüchen (nach der 22. Woche) war die Frage: Trauen wir als Gesetzgeber Schwangeren zu, mit Unterstützung ihrer Ärztinnen und Ärzten selbstbestimmt eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen? Diese Frage wird in den einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich beantwortet, deshalb lagen 5 Gruppenanträge zur Debatte vor. Mit Ja antworten die Anträge von LINKEN und SPD/Grünen. Die 3 Gesetzentwürfe (CDU/CSU, SPD, FDP) stellen Frauen und Ärzteschaft unter Generalverdacht und fordern die Verschärfung staatlicher Kontrolle.

Die PDS hat immer die Streichung des § 218 gefordert. Es ist bitter, heute diese restriktiven Regelungen gegen eine weitere Verschärfung verteidigen zu müssen. Das zeigt, wie wenig wir in der Debatte zum Selbstbestimmungsrecht von Frauen vorangekommen sind.

Die 50 Abgeordneten der



LINKE(n) fordern deshalb in ihrem Antrag u. a. den Rechtsanspruch auf medizinische und psychosoziale Beratung - kostenfrei und flächendeckend erreichbar. Vor jeder vorgeburtlichen Untersuchung muss das Recht auf informierte Einwilligung, auf Nichtwissen oder nur therapierrelevante Informationen gesichert werden. Das steht auch im aktuellen Schattenbericht zur UN-Frauenrechtskonvention. Nach einem Befund muss das Recht auf eine umfassende, vertrauensvolle und ergebnisoffene medizinische und psychosoziale Beratung gelten und – was

oft vergessen wird – auch nach einem Schwangerschaftsabbruch. Ärztinnen und Ärzte, Krankenhauspersonal und Hebammen brauchen spezifische Fort- und Weiterbildung, um eine umfassende Beratung zu gewährleisten. Weiterhin fordern wir eine wirkungsvolle und vollumfängliche Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Das sind für uns unverzichtbare Bestandteile einer wirklichen Lösung von Schwangerschaftskonflikten.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **Dagmar war leider in der Sitzungswoche krank.**

<http://www.diana-golze.de>



- **Bundesregierung versagt bei Quantität und Qualität der Kinderbetreuung**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1234692869>
- **LINKE unterstützt DGB-Forderungen gegen Kinderarmut**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1215146061>
- **Kinder aus Hartz-IV-Familien offenbar für das Abitur nicht vorgesehen**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1252822286>
- nn

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **Ein Kompromiss, der keiner ist**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1273205196>
- **BND außer Rand und Band**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1238747082>
-

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Späte Schwangerschaftsabbrüche - Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken**
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1341237153>

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:



Antrag „Bei Klimaverhandlung in Poznan den Weg für Kyoto II frei machen“

Drs. 16/11246 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7760931227_1611246.pdf

SPD, Grüne und LINKE streben Anfang Dezember eine Bundestagsdebatte zu den Klimaverhandlungen in Poznan an und werden dazu Anträge vorlegen. Debatte und Anträge unmittelbar vor der Konferenz bieten die Möglichkeit, jeweils die Positionen der Parteien zum internationalen Klimaschutz deutlich zu machen. Die LINKE wird dabei auf die weitreichenden Defizite der Regierungspolitik aufmerksam machen, die im Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen der Bundesregierung stehen.

Entschließungsantrag zur Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rats in Brüssel am 11./12. Dezember 2008

Drs. 16/10832

Die Ergebnisse des Europäischen Rats zur Klimapolitik und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise überzeugen nicht. Die Rolle der Bundesregierung ist wenig glaubwürdig und bremsend.

Antrag „Das Gesundheitssystem nachhaltig und paritätisch finanzieren - Gesundheitsfonds, Zusatzbeiträge und Teilkaskotarife stoppen“

Drs. 16/10318 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777100276_1610318.pdf

Der Gesundheitsfonds löst nicht die Finanzprobleme der Krankenkassen. Aber er sorgt mit seinem »Einfrieren« des Arbeitgeberanteils dafür, dass immer weiter Kosten auf die Versicherten und Kranken abgewälzt werden. Deshalb lehnt DIE LINKE den Gesundheitsfonds ab. Wir wollen die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, damit die Lasten gemeinsam von allen getragen werden.

Antrag „Aktuelle Finanznot der Krankenhäuser beenden“

Drs. 16/8375 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732461631_1608375.pdf

Skandalisierung der Unterfinanzierung der Krankenhäuser, die dramatische Folgen für die flächendeckende und qualitative stationäre Versorgung der Bevölkerung annimmt.

Antrag „Befreiung von IHK-Beiträgen für Kleinst- und Kleinbetriebe bis zu 30.000,00 Euro Gewerbeertrag u. grundlegende Reform der Industrie- u. Handelskammern“

Drs. 16/6357 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7793815285_1606357.pdf

Eine grundlegende IHK-Reform ist seit Jahren überfällig. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen kritisieren zu Recht, dass sie gesetzlich gezwungen sind, als Pflichtmitglieder eine Kammer zu finanzieren, die nicht in ihrem Interesse handelt und deren Nutzen sie nicht erkennen können. Die LINKE verlangt deshalb Beitragsfreiheit für Kleinst- und Kleinbetriebe, eine gerechtere Beitragsstaffelung und eine durchgreifende Reform des Kammerwesens.

Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2009)

Drs. 16/

DIE LINKE fordert ein Konjunkturprogramm für die Krankenhäuser. Ihre Aufgabe zur öffentlichen Daseinsvorsorge muss gestärkt werden. Bund und Länder wie auch die Krankenkassen müssen deshalb finanzielle Hilfen zur Behebung des Investitionsstaus bereitstellen.

Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:

Antrag: „Keine deutsche Beteiligung an der Europäischen Verteidigungsagentur“

Drs. 16/4489 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705704591_1604489.pdf

Mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) erhalten die EU-Verteidigungsminister die Möglichkeit zu einer besseren Koordination der Rüstungszusammenarbeit und zum Aufbau von Fähigkeiten für weltweite Militäreinsätze. Sie ist ein wesentlicher Baustein für die weitere Militarisierung der Europäischen Union. Der Antrag fordert die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur auf. Statt weiter die militärische Aufrüstung zu finanzieren, muss eine glaubwürdige Abrüstungspolitik praktiziert werden.

Entschließungsantrag zum Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2004 (Rüstungsexportbericht 2004)

Drs. 16/

DIE LINKE fordert die Umsetzung eines breiten Maßnahmenkatalogs zur Verschärfung der Exportkontrollen, Verbesserung der Transparenz und Reduzierung von Rüstungsexporten mit dem Ziel eines endgültigen Stopps dieses Geschäftes mit dem Tod.

Antrag „Cannabis zur medikamentösen Behandlung freigeben“

Drs. 16/9749 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779299011_1609749.pdf

Schwerstkranke können von einer Ko-Medikation mit Cannabis profitieren. In Deutschland gibt es bisher nur den Weg der Einzelfallprüfung, bei dem das synthetische Cannabis Dronabinol verordnet werden kann. Wir fordern eine generelle Kostenübernahme und die Möglichkeit, zwischen synthetischen Cannabis und pflanzlichen Marihuana als Patient_in zu wählen.

Antrag: „Gewerbsteuerumlage – An den Bund gänzlich abschaffen – An die Länder schrittweise auf Null absenken“

Drs 16/

Mit der Gewerbsteuerumlage beschneiden Bund und Länder die kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Dieses Geld ist in den Kommunen besser aufgehoben. Es kann in den weiteren Ausbau der kommunalen Infrastruktur fließen und damit Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen.

Antrag „Regelsätze erhöhen - Dynamisierung anpassen - Kosten für Schulbedarfe abdecken“

Drs 16/7040

Der Antrag enthält drei Forderungen: Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro, Umstellung des Anpassungsmechanismus auf Lebenshaltungskosten und Finanzierung von besonderen Lernmitteln für Schüler_innen im Bezug von Grundsicherungsleistungen.

Antrag „Die Beratung des Gesetzes zum Vertrag von Lissabon aussetzen – Ein Sozialprotokoll vereinbaren“

Drs. 16/8879 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784909630_1608879.pdf

Im Hinblick auf die besonders arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche aktuelle Rechtsprechung des EuGH werden die Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens und eine Nachverhandlung über ein Sozialprotokoll verlangt, um dieser Rechtsprechung »einen Riegel vorzuschieben .

Antrag „Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz zu einem Erwachsenenbildungsgesetz ausbauen“

Drs. 16/

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislatur eine systematische Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Antrag „Verbot der Einbringung von militärischen Dienstleistungen durch Privatpersonen“

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

und Unternehmen“

Drs. 16/

Die Regierungsparteien haben im Schnelldurchlauf einen Antrag im Bundestag durchgesetzt, der auf eine weitestgehende Legalisierung des modernen Söldnerwesens hinausläuft. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, stattdessen ein klares und eindeutiges Verbot für private Militärfirmen umzusetzen.



Schöne Weihnachten und ein gutes Jahr 2009

Liebe Leserinnen und Leser des Bundestagsreports der Landesgruppe Brandenburg,

Ein arbeits- und für die Brandenburger LINKE erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. Viele von euch/von Ihnen haben Anteil sowohl an Arbeit als auch an Erfolg. Die Mitglieder der Landesgruppe wollen euch/Ihnen danke sagen für eine gute Zusammenarbeit, für eine Menge Anregung, Vorschläge, Kritik, Einladungen, Unterstützung, Solidarität, Verteilung von Material, Klinkenputzen oder einfach nur da sein.

Wir versprechen euch/Ihnen: Die Brandenburger Abgeordneten der LINKEN im Deutschen Bundestag werden auch 2009 für euch/Sie da sein. Wir wünschen euch/Ihnen erholsame und friedliche Weihnachtsfeiertage sowie uns gemeinsam für 2009 alles Gute.

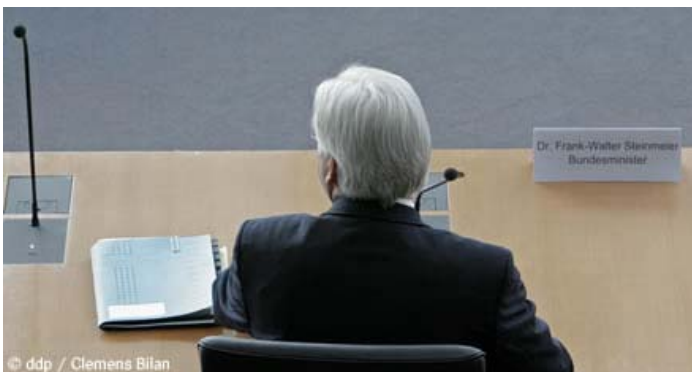
Namentliche Abstimmungen in dieser Woche

Abgestimmt wurde der Antrag der Bundesregierung auf bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der EU-Mission ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf der Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (Drucksache 16/11337 und 16/11416)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/113/1611337.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	209	0	1
SPD	194	2	3
FDP	53	0	0
DIE LINKE	0	46	0
B90/Grüne	35	6	8

Weitere Parlamentarische Schwerpunkte



Deutschland massiv am Irak-Krieg beteiligt

Zwei hochrangige US-Offiziere haben im Interview mit dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel das massive Mitwirken der Bundesrepublik am Kriegsgeschehen im Irak geschildert. Norman Paech, für DIE LINKE Obmann im BND-Untersuchungsausschuss: "BND-Agenten haben die US-Truppen mit kriegswichtigen Informationen versorgt. Wer jetzt noch etwas anderes behauptet, steht mit der Wahrheit auf Kriegsfuß. Nach diesen Enthüllungen muss auch die Aussage des damaligen Kanzleramts- und heutigen Außenministers Steinmeier, die Bundesrepublik habe sich nicht an Kampfhandlungen beteiligt, neu bewertet werden." [Mehr](#)

- [Norman Paech: Die Situation ist für Steinmeier sehr eng \(MP3\)](#)
- [Ulla Jelpke: Steinmeier immer unhaltbarer](#)
- [Newsletter: Internationale Politik abonnieren](#)

**News-
letter**
Jetzt **DIE LINKE.**
abonnieren

Sie können den Newsletter der Landesgruppe kostenfrei abonnieren.

Mail an: [kirsten.tackmann.\(at\)bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann.(at)bundestag.de)

Der Bundestagsreport erscheint jeden Freitag einer Sitzungswoche!